
Gesetz über die Gebühren der Gemeinden (Gebührentarif für die Gemeinden)

vom 26. Februar 2001 (Stand 1. Januar 2013)

Der Kantonsrat des Kantons Appenzell A.Rh.,

gestützt auf Art. 69 lit. b und Art. 74 Abs. 2 der Kantonsverfassung¹⁾,

beschliesst:

I. Allgemeines

(1.)

Art. 1 * ...

Art. 2 * ...

Art. 3 * ...

Art. 4 * ...

Art. 5 * ...

Art. 6 * ...

Art. 7 * ...

Art. 8 * ...

¹⁾ KV (bGS [111.1](#))

* vgl. Änderungstabelle am Schluss des Erlasses
Lf. Nr. / Abl. 751 / 2001, S. 159

Art. 9 * ...

II. Gebührentarif

(2.)

Art. 10 Gemeinderat

¹ Sofern keine besonderen Regelungen bestehen, kann der Gemeinderat für Verfügungen, Entscheide und andere Amtshandlungen Gebühren im Betrage von Fr. 50.– bis Fr. 1000.– erheben.

Art. 11 Gemeindebürgerrecht

¹ Die Gemeinden können für die Verleihung des Gemeindebürgerrechts eine Gebühr bis Fr. 2000.– erheben.

Art. 12 Übrige Gebühren

¹ In den Gebühren gemäss diesem Tarif ist eine allfällige Mehrwertsteuer nicht enthalten. Im Einzelnen erheben die Gemeindebehörden für ihre Amtshandlungen folgende Gebühren:

1. Gemeindeganzlei

- | | |
|--------------------------------|----------|
| 1.1 Heimatschein | Fr. 25.– |
| 1.2 Handlungsfähigkeitszeugnis | Fr. 20.– |

2. Bau- und Planungswesen

- | | |
|---|----------------------|
| 2.1 Verfügungen und Entscheide im Baupolizei- und Baubewilligungsverfahren inkl. ordentliche Baukontrolle | Fr. 50.– bis 5000.– |
| 2.2 Ausserordentliche Baukontrollen:
Je Stunde Zeitaufwand | Fr. 100.– |
| 2.3 Bauermittlung | Fr. 50.– bis 2000.– |
| 2.4 Sondernutzungspläne (Baulinien-, Quartier- und Gestaltungspläne) ¹⁾ | Fr. 200.– bis 2000.– |

¹⁾ vgl. auch Art. 68 des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (EG zum RPG; BGS 721.1)

- 2.5 Projekt- und Planänderungen Fr. 50.– bis 1000.–
- 2.6 Ausnahmeregelung:
Bei besonders umfangreichen und schwierigen Aufwendungen können die Maximalbeträge der Ziffern 2.1 sowie 2.3–2.5 verdoppelt werden.

3. Vollstreckungshilfe

- Vollstreckung des Unterhaltsanspruchs¹⁾ Fr. 100.– bis 700.–

4. Vormundschaftswesen *

...

5. Beurkundungen

Die öffentlichen Urkundspersonen erheben für ihre Amtshandlungen die folgenden Gebühren. Die Gebühren für Beurkundungen im Zusammenhang mit dem Grundbuch sind in Ziffer 8 geregelt.

Für übrige Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer Beurkundung erheben die öffentlichen Urkundspersonen nach Art. 2 Abs. 1 lit. a und b des Beurkundungsgesetzes eine Gebühr von Fr. 150.- je Stunde Zeitaufwand.*

- 5.1 Errichtung einer Stiftung oder Abänderung einer solchen (Art. 81 ZGB): 1‰ des Stiftungskapitals im Rahmen von Fr. 100.– bis 2 000.–
- 5.2 Ehevertrag: Abschluss, Abänderung oder Aufhebung (Art. 181 ZGB) Fr. 50.– bis 500.–
- 5.3 Inventar über das eingebrachte Eigengut eines Ehegatten (Art. 197 ZGB) Fr. 50.– bis 200.–
- 5.4 Öffentliche letztwillige Verfügung (Art. 499 ZGB) Fr. 50.– bis 500.–
- 5.5 Erbvertrag (Art. 512 ZGB) Fr. 50.– bis 500.–
- 5.6 Beschlüsse einer Gläubigerversammlung bei Anlehensobligationen (Art. 1169 OR) Fr. 50.– bis 500.–
- 5.7 Bürgschaftsverpflichtung (Art. 493 Abs. 2, 5 und 6 OR):
Je Bürge Fr. 20.– bis 100.–

¹⁾ Art. 131 Abs. 1 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210)

- 5.8 Beschlüsse der Generalversammlung oder des Verwaltungsrates von Aktiengesellschaften und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung ohne Vorbereitungsarbeiten und Vertragsabschriften:
- a) Errichtung von Grund- und Stammkapital:
Fr. 300.– bis zu einem Kapital von Fr. 200 000.–,
Fr. 50.– je weitere Fr. 100 000.– Kapital
 - b) Kapitalerhöhungen oder Kapitalherabsetzungen:
1/4 ‰ der Kapitaldifferenz, mindestens Fr. 250.–
 - c) Fusion von Aktiengesellschaften: Gebühr gemäss
lit. a vom Mittelwert des Aktienkapitals der fusio-
nierten Gesellschaften
 - d) Statutenänderungen, die das Kapital nicht berüh-
ren Fr. 50.– bis 500.–
 - e) Auflösungsbeschluss Fr. 50.– bis 500.–
 - f) Stammanteilsübertragung Fr. 50.– bis 500.–
- 5.9 Wechselproteste (Art. 1034–1041 OR)
- a) Protest inkl. Protokoll Fr. 20.– bis 100.–
 - b) Entgegennahme von Zahlungen Fr. 20.–
- 5.10 Beurkundungen aller Art, für die keine besondere Gebühr festgesetzt
ist Fr. 50.– bis 500.–

6. Beglaubigungen

Beglaubigungen aller Art Fr. 5.– bis 20.–

7. Erbschaftswesen

- 7.1 Inventaraufnahme Fr. 50.– bis 1 000.–
- 7.2 Siegelung einer Erbschaft Fr. 50.– bis 200.–
- 7.3 Testamentseröffnungen, Erbenversammlungen und Teil-
lungen Fr. 50.– bis 500.–
- 7.4 Testamentseröffnungsprotokoll Fr. 50.– bis 200.–
- 7.5* Aufstellung des öffentlichen Inventars, des Teilungsvertra-
ges, Vorarbeiten, Besprechungen und Liquidationsarbei-
ten:
Je Stunde Zeitaufwand Fr. 150.–

7.6	Aushändigung eines Erbteils	Fr. 20.–
7.7	Aufbewahrung und Registrierung von letztwilligen Verfügungen oder Erbverträgen (einmalige Gebühr)	Fr. 20.–
7.8	Ausstellung einer Erbbescheinigung	Fr. 50.– bis 200.–

8. Grundbuchwesen

Die Kosten für Beratung, Vertragsabfassung (ausser bei Ziff. 8.2), Beurkundung, Prüfung und Grundbucheintragung sind in den folgenden Gebühren enthalten. Bei erheblichem Aufwand wie ausführlicher Beratung, mehrmaliger Vertragsabfassung, wiederholten Beurkundungen, bei einer grossen Anzahl von Grundstücken (bei Pfandrechten gelten hier die Ansätze nach Ziff. 8.2) etc. kann zu den nachstehenden Ansätzen ein angemessener Zuschlag von bis zur Hälfte erhoben werden. Kommt die Unterzeichnung oder die Grundbucheintragung nicht zustande, ist die Gebühr angemessen zu ermässigen.

Wird vom Grundbuchamt eine Leistung erbracht, welche der Mehrwertsteuer unterliegt (Vorbereitung des Rechtsgeschäftes und Beurkundung), und führt diese Leistung zu einem grundbuchlichen Vollzug, so setzt sich die Gebühr je zur Hälfte aus einer Vertragsvorbereitungs- und Beurkundungsgebühr einerseits und einer Grundbuchgebühr andererseits zusammen.

Die Bereinigungsarbeiten für die Einführung des eidgenössischen Grundbuches erfolgen gebührenfrei.

8.1 Eigentum:

- a) Eigentumsübergang zufolge Kauf, Tausch, Schenkung, freiwilliger Versteigerung, Ausübung Kaufs-, Rückkaufs- und Vorkaufsrecht, Sacheinlagen und -übernahmen, Aufteilung und Fusion von Gesellschaften, Ein- und Austritt bei Personengesellschaften etc.: 1‰ des Handänderungswertes im Rahmen von Fr. 200.– bis 4 000.–
- b) Eigentumsübergang zufolge Vermächtnis, Erbgang, Erbteilung, Erbvorbezug, Urteils- oder Zwangsvollstreckung: 1/2‰ im Rahmen von Fr. 100.– bis 2 000.–
Ist in lit. a und b kein Handänderungswert festgelegt oder liegt er unter dem Steuerwert, wird auf diesen abgestellt.
- c) Eigentumsberichtigungen Fr. 50.– bis 1 000.–
- d) Teilung, Vereinigung oder Grenzänderung von Grundstücken inkl. Bereinigung der Rechte und Lasten sowie Eröffnung oder Schliessung von Grundstücken Fr. 200.– bis 4 000.–
- e) Begründung von Stockwerk- und Miteigentum, inkl. Eröffnung neuer Grundstücke, Vornahme von Vormerkungen und Anmerkungen sowie Anpassung der Grundpfandrechte Fr. 500.– bis 8 000.–

8.2 Grundpfandrechte:

Die nachfolgenden Ansätze gelten immer je Pfandrecht.

- Zuschlag pro weiteres Grundstück je Pfandrecht Fr. 20.–
Vertragsabfassung durch das Grundbuchamt Fr. 100.– bis 200.–
- a) Errichtung oder Erhöhung:
1‰ der Pfandsumme im Rahmen von Fr. 100.– bis 2 000.–
- b) Reduktion Fr. 100.–
- c) Rang- und/oder Vorgangsänderung Fr. 50.–
- d) Zusammenziehung von drei oder mehreren Grundpfandrechten in ein einziges Grundpfandrecht Fr. 100.–
Zusätzliche Pfandsumme: Gemäss lit. a
- e) Umwandlung Fr. 100.–

-
- f) Übrige Änderungen, Nachführungen, Gläubigerregister-Einschreibungen Fr. 20.– bis 100.–
- 8.3 Dienstbarkeiten und Grundlasten:
- a) Errichtung aufgrund eines vorbereiteten Vertrages Fr. 50.– bis 400.–
- b) Errichtung aufgrund eines durch das Grundbuchamt abgefassten Vertrages Fr. 200.– bis 4 000.–
- c) Änderung eines bestehenden Eintrages Fr. 100.– bis 500.–
- 8.4 Vormerkungen:
- a) Persönliche Rechte
Vertragsabfassung durch das Grundbuchamt Fr. 100.– bis 2 000.–
Vorbereitete Verträge Fr. 50.– bis 400.–
- b) Verfügungsbeschränkungen Fr. 50.–
- c) Vorläufige Eintragungen Fr. 50.– bis 400.–
- 8.5 Anmerkungen:
- a) Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen sowie Verfügungsbeschränkungen Fr. 50.–
(sofern nicht nach übergeordnetem Recht gebührenfrei)
- b) Zugehör Fr. 100.–
- c) Übrige Anmerkungen Fr. 50.– bis 400.–
- 8.6 Übrige grundbuchamtliche Handlungen:
- a) Abweisung einer Anmeldung Fr. 200.– bis 1 000.–
- b) Grundbuchauszug je Grundstück Fr. 40.– bis 200.–
- c) Dienstbarkeitsauszug je Dienstbarkeit Fr. 20.– bis 200.–
- d) Vorvertrag Fr. 200.– bis 2 000.–
- e) Miteintragung: Gesamtgebühr gemäss Ziff. 8.1 bis 8.5 und Aufteilung auf die beteiligten Grundbuchämter im Verhältnis der Wertanteile
- f)* Übrige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Grundbuch: Je Stunde Zeitaufwand Fr. 150.–
- 8.7 Löschungen:
Alle Löschungen erfolgen gebührenfrei.

9. Steigerungen

- 9.1 Liegenschaftsversteigerungen:
- a) Entschädigung der Kommission Fr. 100.– bis 600.–
 - b) Aufstellung der Steigerungsbedingungen:
Je Seite Fr. 50.–
(Grundbucheintrag vgl. Ziffer 8)
- 9.2 Fahrnisversteigerungen:
- a) Entschädigung der Kommission Fr. 100.– bis 600.–
 - b) Kassaführung, Haftung und Abrechnung:
1/2% des Erlöses bei Viehganten
2% des Erlöses bei übrigen Ganten
 - c) Aufstellung der Steigerungsbedingungen:
Je Seite Fr. 50.–
- 9.3 Ausschreibung: Je Zeitung Fr. 50.–

10. Einwohnerkontrolle

- 10.1 Heimatausweis gratis
- 10.2 Verlängerung des Ausweises gratis
- 10.3 Passempfehlung Fr. 10.–
- 10.4 Schriftenempfangsschein gratis
- 10.5 Wohnsitzbescheinigung Fr. 10.–

11. Verschiedenes

Die folgenden Ansätze gelten für alle Sachbereiche in Art. 12.

- 11.1 Bescheinigungen, Anzeigen und Korrespondenzen aller Art, soweit nicht eine besondere Gebühr festgesetzt ist:
Je Seite Fr. 10.–
- 11.2 Abschriften: Je Seite Fr. 10.–
- 11.3 Fotokopien ohne Legalisation Fr. 1.–

III. Schlussbestimmungen

(3.)

Art. 13 Anpassung

¹ Der Regierungsrat ist ermächtigt, die Gebührenansätze (Art. 10–12) der Teuerung anzupassen.

Art. 14 Aufgehobenes Recht

¹ Die Verordnung vom 17. Juni 1991 über die Gebühren der Gemeinden (Gebührentarif für die Gemeinden)¹⁾ wird aufgehoben.

Art. 15 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.²⁾

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.³⁾

¹⁾ bGS 153.2 (Lf. Nr. 367)

²⁾ Die Referendumsfrist ist am 1. Mai 2001 unbenützt abgelaufen (RRB vom 8. Mai 2001)

³⁾ 1. Juli 2001 (RRB vom 8. Mai 2001)

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
09.09.2002	01.01.2003	Art. 1	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 2	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 3	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 4	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 5	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 6	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 7	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 8	aufgehoben	786
09.09.2002	01.01.2003	Art. 9	aufgehoben	786
26.10.2009	01.02.2010	Art. 12, Ziff. 5	geändert	1141 / Abl. 2009, S. 1428
26.10.2009	01.02.2010	Art. 12, Ziff. 7.5	geändert	1141 / Abl. 2009, S. 1428
26.10.2009	01.02.2010	Art. 12, Ziff. 8.6, lit. f	geändert	1141 / Abl. 2009, S. 1428
20.02.2012	01.01.2013	Art. 12, Ziff. 4	aufgehoben	1206 / Abl. 2012, S. 246

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 1	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 2	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 3	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 4	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 5	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 6	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 7	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 8	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 9	09.09.2002	01.01.2003	aufgehoben	786
Art. 12, Ziff. 4	20.02.2012	01.01.2013	aufgehoben	1206 / Abl. 2012, S. 246
Art. 12, Ziff. 5	26.10.2009	01.02.2010	geändert	1141 / Abl. 2009, S. 1428
Art. 12, Ziff. 7.5	26.10.2009	01.02.2010	geändert	1141 / Abl. 2009, S. 1428
Art. 12, Ziff. 8.6, lit. f	26.10.2009	01.02.2010	geändert	1141 / Abl. 2009, S. 1428